

## **ALVARO URIBE IST DER CHEF DER VERHEIMLICHUNG** **Paramilitarismus und Parapolitik in Kolumbien**

9 S.

Es gibt keinen Kolumbianer, der nicht öffentlich erklären würde, dass er für ein Ende all der gewalttätigen Konflikte ist, die Kolumbien ausbluten. Und es scheint Übereinstimmung darüber zu geben, dass die Politik der Gerechtigkeit (justicia transicional) und der Entschädigung der Opfer unerlässliche Säulen eines jeden erfolgreichen Friedensprozesses sein und die Opfer der Gewalt die Möglichkeit haben müssen, in allen Einzelheiten über das zu berichten, was ihnen angetan wurde, um in den Genuss von Entschädigungen kommen zu können. Insbesondere letzteres ist von immenser Bedeutung, um ohne Gewaltanwendung all jene Faktoren zu eliminieren, die die Macht der Gewalttätigen konstituieren und für die ökonomischen, sozialen und politischen Widersprüche zwischen den Kolumbianern verantwortlich sind<sup>1</sup>.

Doch diese Übereinstimmungen existieren nicht in dem Friedensprozess, den die Regierung Álvaro Uribe Vélez mit den paramilitärischen Gruppen begonnen hat. Die Regierung Uribe hat zwar in den letzten Jahren wiederholt verlauten lassen, dass die ganze Wahrheit über diese Gruppen und ihre Verbindungen zu diversen mächtigen Interessengruppen in Kolumbien aufgedeckt werden müsse. Doch wie der folgende Text zeigen wird, tat sie entgegen dieser Bekundungen alles, um die Wahrheit zu manipulieren und zu verdunkeln.

### **Das Ausmass des Schreckens**

Seit dem Beginn des Friedensprozesses der Regierung Uribe mit den Paramilitärs – in dessen Verlauf das Höchststrafmass für Paramilitärs von 60 Jahren Gefängnis auf maximal 8 Jahre Haft unter speziellen vorteilhaften Bedingungen reduziert worden ist – haben der Präsident und seine Parteiangehörigen sich geweigert, den Paramilitarismus als die schlimmste aller kriminellen Aktivitäten zu benennen. Dies deshalb, weil führende Persönlichkeiten des Staates entweder Mitglieder dieser Gruppen waren oder deren Existenz und kriminelle Aktivitäten zumindest billigten und unterstützten, womit sie den grundlegenden Zweck einer jeden staatlichen Organisation verletzen: die Behauptung des Monopols über die Waffen und deren Anwendung, die präzisen Regeln und strengen konstitutionellen und gesetzlichen Kontrollen unterworfen sein muss.

Es handelt sich um die Usurpation staatlicher Macht in gewaltigem Ausmass, die sich in der Vertreibung von 3 Millionen Kolumbianern (allein 865000 Vertriebene zwischen 2002 und 2005), der Ermordung zehntausender Kolumbianer (darunter drei Präsidentschaftskandidaten, acht Kongressabgeordnete, hunderte Bürgermeister, Bezirksabgeordnete und Stadträte), dem Raub von - nach verschiedenen Schätzungen - 2,6 bis 6,8 Millionen Hektar Land, umfangreichen Rauschgiftgeschäften und der Anhäufung von ungeheuren Vermögen in den Händen der Anführer der paramilitärischen Gruppen ausdrückt.

Diese Gruppen führten einen Vernichtungsfeldzug gegen die kolumbianischen Gewerkschaften, der zwischen 1991 und 2006 1113 Ermordete, 70 Verschwundene und 896 Vertriebene forderte. Nimmt man noch andere Delikte hinzu, die gegen Gewerkschaftsmitglieder begangen wurden, dann kommt man auf eine Zahl von 3388 Opfern. Diese Zahl veranschaulicht nicht nur, dass die Rechte der kolumbianischen Arbeiter eine Fiktion sind. Sie belegt auch, warum Kolumbien seit vielen Jahren das Land der Welt ist, wo gewerkschaftlicher Aktivismus am gefährlichsten ist.

Am 2. Mai 2007 sandte Kenneth Roth, der Präsident von Human Rights Watch, einen Brief an Uribe. In diesem Brief widerlegt Roth die Verlautbarungen der kolumbianischen Regierung, denen zufolge "grosse Fortschritte" in der Bekämpfung der Gewalt gegen Gewerkschafter erzielt worden seien. Roth beschreibt die Situation der kolumbianischen Gewerkschaften in der ersten Jahreshälfte 2007 folgendermassen:

"In ihrem Brief [ein Brief Uribes, Anm. d. Übers.] behaupten Sie, dass im Jahr 2006 nur 25 Gewerkschafter ermordet worden sind und dass im laufenden Jahr bisher nur ein Gewerkschafter durch einen Mordanschlag ums Leben gekommen sei. Zu diesen künstlich reduzierten Zahlen kann man nur durch die Ausklammerung der gewerkschaftlich organisierten Lehrer aus der Kategorie der Gewerkschafter gelangen. Laut den offiziellen Zahlen ihrer eigenen Regierung sind, einschliesslich der gewerkschaftlich organisierten Lehrer, im Jahr 2006 58 Gewerkschafter ermordet worden, ein signifikanter Anstieg im Vergleich zu den 40 ermordeten Gewerkschafter des Jahres 2005. [...] Die aktuellen Mordzahlen gleichen somit denen der Jahre 1998 und 1999. [...] Beispielsweise ist die Zahl der vom Militär durchgeführten extralegalen Exekutionen in bemerkenswerter Weise im Steigen begriffen, eine Tatsache, die ihr Verteidigungsminister während eines Treffens mit mir und einigen meiner Kollegen zugab. Die Vereinten Nationen besitzen eine Liste, in der mehr als

150 Fälle von extralegalen Exekutionen von Zivilisten verzeichnet sind, die vom Militär während der letzten zwei Jahre im gesamten Land verübt worden sind.“

Die grosse Macht des Paramilitarismus innerhalb des kolumbianischen Staates illustrieren auch die Resultate der vor wenigen Monaten begonnenen Untersuchungen des Obersten Gerichtshofs und der Generalstaatsanwaltschaft, aufgrund deren vierzehn Senatoren und Repräsentanten des kolumbianischen Kongresses, zwei Gouverneure, sechs Bürgermeister sowie fünfzehn ehemalige Kongressmitglieder, Gouverneure und Bürgermeister entweder im Gefängnis sitzen oder flüchtig sind. Des Weiteren sitzt Jorge Noguera, der ehemalige Direktor des kolumbianischen Geheimdienstes DAS (Departamento Administrativo de Seguridad), wegen Komplizenschaft mit den Paramilitärs im Gefängnis. Der Direktor des DAS ist direkt dem Präsidenten unterstellt.

Eine von der Schweizer Regierung unterstützte Untersuchung der Stiftung Regenbogen ergab, dass in den Kongresswahlen 2002 in den Gebieten mit starker paramilitärischer Präsenz 28 Senatoren und in den Lokalwahlen 2003 285 Bürgermeister, 6 Bezirksgouverneure und 3500 Stadträte gewählt worden sind. Die gleiche Untersuchung förderte zu Tage, dass bei den Wahlen zum Kongress im Jahr 2006 83 Senatoren und Repräsentanten in den besagten Gebieten gewählt wurden – bei einer Gesamtzahl der Kongressabgeordneten von 268. Deshalb handelt es sich nicht um eine Übertreibung, wenn man vor dem Hintergrund dieser Zahlen von Parapolitik und Parapolitikern spricht, um die Verbindungen zwischen illegalen bewaffneten Gruppen und vielen hochrangigen politischen Persönlichkeiten zu beschreiben.

### **Parapolitiker und Parauribisten**

Um das Phänomen der Parapolitik genau zu verstehen ist es erforderlich, die Identität derjenigen politischen Amtsträger zu beleuchten, die wegen ihrer Verbindungen zum Paramilitarismus angeklagt sind oder bereits verurteilt im Gefängnis sitzen. Die Daten besagen, dass dreizehn der vierzehn Kongressabgeordneten, die sich im Gefängnis oder auf der Flucht befinden, Uribisten sind. Oder anders gesprochen: sie sind Gefolgsleute des Präsidenten Álvaro Uribe Vélez. Auch die drei Gouverneure, die sechs Bürgermeister und beinahe alle hohen politischen Führer, die sich gegenwärtig im Gefängnis befinden, sind Uribisten. Ausserdem sind 87 Prozent der von der Stiftung Regenbogen in ihrem Bericht erwähnten 83 Kongressabgeordneten Uribisten. Aufgrund dessen ist es treffender, von Parauribismus statt von Parapolitik zu sprechen. Und man muss den US-Medien Recht geben, die von Paragate sprechen.

Patrick Leahy, Mitglied der Demokraten und US-Senator, handelte nicht willkürlich, als er die Beziehungen zwischen Paramilitärs und kolumbianischer Regierung scharf kritisierte. Er nahm damit eine Position ein, die ohne jeden Zweifel ausschlaggebend für die Entscheidung der demokratischen Mehrheit des US-Kongresses war, die Zahlungen im Rahmen des Plan Colombia einzufrieren und die Verabschiedung des Freihandelsabkommens TLC solange zu vertagen, bis die Regierung Uribe einen fundamentalen politischen Kurswechsel vollzieht. Konkret verlangt die Mehrheit des US-Kongresses Massnahmen Uribes zum Schutz von Gewerkschaften und die Aufdeckung der Beziehungen zwischen Staat, Paramilitarismus und Parapolitikern.

Senator Leahy sagte:

“Dies bestätigt die Sorgen, die viele jahrelang gehabt haben, dass die Paramilitärs die ökonomischen und politischen Einrichtungen der kolumbianischen Gesellschaft infiltriert haben. Wir sollten eine Pause einlegen, um zu überprüfen, wer das ist, mit dem wir [über US-Militärhilfe im Rahmen des Plan Colombia und das TLC, Anm. d. Übers.] da verhandeln“ (El Tiempo, 19. Februar 2007). “Jahrelang drängten viele Leute die Regierung dazu, stärkere Massnahmen gegen die Paramilitärs zu ergreifen, als klar war, dass sie immer reicher und mächtiger wurden. [...] Was ich sage ist, dass die Regierung nicht nur Opfer ist. Sie erlaubte auch, dass die Paramilitärs erstarken konnten, in einigen Fällen arbeitete sie mit ihnen zusammen, in anderen stimulierte sie sie. [...] Die Verhaftungen sind der Anfang. Doch wenn es der Regierung wirklich ernst damit ist, ihre Verbindungen zu den Paramilitärs zu kappen, muss sie mehr Mittel und Personal für die Untersuchungen bereitstellen“ (El Tiempo, 4. März 2007).

Besonders schwerwiegend sind Uribes immer unverblümter vorgetragene Versuche, den Paramilitarismus zu rechtfertigen und um Verständnis für ihn zu werben. In einer Rede vor dem kolumbianischen Kongress am 20. Juli 2007 behauptete er:

“Es kann nicht sein, dass gegenüber der Guerilla Wohlwollen vorherrscht, während man den Paramilitärs die Pest an den Hals wünscht“.

### **Das Schweigen des Präsidenten**

Trotz der Schlagkraft der Fakten und der verstrichenen Zeit hat Präsident Uribe den Kolumbianern bis heute nicht erklärt, warum so viele seiner politischen Freunde sich als Parapolitiker herausgestellt haben und warum sie ihn mit ihren

Stimmen zum Präsidenten wählten. Uribe seinerseits bedankte sich bei ihnen, in dem er ihnen zu Regierungsposten verhalf. Diese Politiker waren in kriminelle Aktivitäten des Paramilitarismus verwickelt, zu denen auch die Nötigung von Wählern zählt, für Uribe oder einen der uribistischen Kongresskandidaten zu votieren. Während der Kongresswahlen 2006 erreichten die momentan in Haft oder auf der Flucht befindlichen uribistischen Parapolitiker 624580 Stimmen.

Auch zu eine anderen Tatsache möchte Uribe nicht Stellung beziehen. Während seiner Zeit als Gouverneur des Departments Antioquia in den Jahren 1994 bis 1997 stimulierte er die Gründung der Convivir [spanisch für "zusammenleben", Anm. des Übers.], so genannte Selbstverteidigungsgruppen, die sich aus den Mitgliedern dörflicher Gemeinden rekrutierten und eine Schlüsselrolle bei der Formierung des Paramilitarismus spielten.

Jorge Humberto Botero, der bis Dezember 2006 als Handelsminister der Regierung Uribe angehörte, äussert sich in Bezug auf die Convivir-Gruppen wie folgt:

“Es wird niemanden überraschen, dass das Phänomen des Paramilitarismus eine politische Dimension hat. In seiner Frühphase in den neunziger Jahren manifestierte es sich in den autodefensas [spanisch für "Selbstverteidiger", die Paramilitärs bezeichnen sich selbst als "Selbstverteidigungsgruppen" gegen die "kommunistische Subversion", ein Sammelbegriff für jedwede Opposition gegen die neoliberale Transformation Kolumbiens, Anm. des Übers.]. [...] Diese Convivir genannten bewaffneten Gruppen besaßen zu jener Zeit einen legalen Status" (El Espectador, 9. Februar 2007).

### **Manipulationen von Anfang an**

Uribe und seine Anhänger behaupten, dass die Untersuchung der Beziehungen zwischen politischen Führungspersonlichkeiten und Paramilitärs sich ihrer Initiative verdanke. Doch das stimmt nicht, wie sich auf verschiedene Art und Weise beweisen lässt.

Erstens verhält es sich so, dass der Oberste Gerichtshof keineswegs auf Anordnung der Regierung, sondern auf eigene Initiative hin Untersuchungen einleitete. Zudem muss man den Respekt der Regierung für die Gewaltenteilung in Zweifel ziehen, weil sie erheblichen Druck ausübte, um die Ernennung von Mario Iguarán zum Staatsanwalt zu erwirken. Dieser war zu diesem Zeitpunkt Vizejustizminister. Offenbar wollte Uribe einen Freund in der Staatsanwaltschaft platzieren. Iguarán besetzte den Staatsanwaltschaftsposten von Luís Camilo Osorio, der heute kolumbianischer Botschafter in Mexiko ist und sich während seiner Zeit als Staatsanwalt Beschuldigungen ausgesetzt sah, Komplize der Paramilitärs zu sein oder deren Verbrechen zumindest nur nachlässig zu verfolgen.

Zweitens war der Regierung Uribe seit dem Beginn des Friedensprozesses mit den Paramilitärs bekannt, dass die Staatsanwaltschaft nicht die über genügend Personal und Mittel verfügt, um die Unmenge an anfallenden komplexen Fällen bearbeiten zu können. Aufgrund dieses Kapazitätsmangels laufen heute 28000 demobilisierte Paramilitärs frei herum, die sich vermutlich niemals vor der Justiz verantworten werden müssen. Dennoch hat die Regierung Uribe in den vier Jahre, die seit dem Abkommen von Santa Fe de Ralito [mit dem im Jahr 2003 die Demobilisierung einiger paramilitärischer Gruppen begann, Anm. des Übers.] verstrichen sind, den Haushalt der Staatsanwaltschaft nicht erhöht.

Das hat zur Folge, dass der Leiter der Sektion der Staatsanwaltschaft, die mit der Verfolgung paramilitärischer Verbrechen befasst ist, über nicht mehr als 23 Staatsanwälte und 150 Ermittler verfügt, um in 2800 Fällen zu ermitteln. Allein zwei paramilitärische Führer haben erklärt, dass sie zu 2567 unaufgeklärten Mordfällen Aussagen werden. Angesichts dessen ist das Risiko gross, dass der Ermittlungsprozess zu einer Farce gerät, die damit endet, dass die paramilitärischen Mörder mit lächerlichen Strafen davonkommen, die der Zahl und der Schwere der von ihnen vergangenen Verbrechen nicht gerecht werden. Von dieser Gefahr handelt auch der Leitartikel der Tageszeitung El Tiempo vom 24. Juni 2007, der mit der Frage "Angekündigter Kollaps?" betitelt ist:

“Die Regierung und die Justizbehörden müssen den Stier bei den Hörnern packen, indem sie längst überfällige Notfallmassnahmen beschliessen, um den drohenden Kollaps des Ermittlungsprozesses abzuwenden. Die Untersuchungskommission braucht dringend mehr Staatsanwälte, Ermittler und ein höheres Budget. [...] Wenn nichts unternommen wird, wird sich das Land mit den widersprüchlichen und unzusammenhängenden Verlautbarungen derjenigen Paramilitärchefs zufriedengeben müssen, die dazu bereit sind, Aussagen zu machen [das 2005 vom kolumbianischen Kongress beschlossene Gesetz Ley de la Justicia y Paz sichert Paramilitärs eine drastische Verringerung des ihnen drohenden Straffmasses sowie erleichterte Haftbedingungen zu, insofern sie mit den Justizbehörden bei der Aufklärung paramilitärischer Verbrechen zusammenarbeiten, Anm. d. Übers.]. In diesem Fall wird es weder Gerechtigkeit, Wahrheit, Entschädigung noch Versöhnung geben, die ja gerade die Ziele dieses kontroversen Prozesses mit den AUC waren [die Autodefensas Unidas de Colombia (AUC) waren ein im April 1997 gegründeter nationaler paramilitärischer Dachverband, Anmer. d. Übers.]”.

Drittens war die erste, von der Regierung Uribe ausgearbeitete Version des Ley de Justicia y Paz sehr verschieden von jener, die letztlich vom Kongress verabschiedet und vom Verfassungsgericht bestätigt worden ist. Der ursprüngliche Gesetzesvorschlag der Regierung beinhaltete das Versprechen der vollkommenen Straffreiheit für alle demobilisierten Paramilitärs. Darüber hinaus sollten die demobilisierten Paramilitärs nicht einmal über Art und Zahl ihrer Verbrechen Auskunft geben müssen, um in den Genuss der Vergünstigungen des Gesetzes zu kommen.

Auf nationalen und internationalen Druck hin sah sich die uribistische Mehrheit in Senat und Repräsentantenhaus dazu gezwungen, in das Gesetz eine Klausel aufzunehmen, die demobilisierte Paramilitärs zur Verbüßung einer Art Haftstrafe in einer speziellen Unterkunft nötigt, bevor sie die Vergünstigungen des Gesetzes in Anspruch nehmen können. Ohne Intervention des Verfassungsgerichts müssten die Demobilisierten bis auf den heutigen Tag keine Aussagen über die von ihnen begangenen Verbrechen tätigen. Das Verfassungsgericht erklärte ausserdem einen Artikel des Gesetzes, der die Paramilitärs zu Aufständischen deklariert, für verfassungswidrig. Die Anwendung dieses Artikels hätte aus den Paramilitärs politische Kriminelle gemacht und es ihnen ermöglicht, bestimmte rechtlichen Vorteile zu geniessen, einschliesslich Amnestien und Begnadigungen.

Das Missfallen der Uribe-Regierung in Bezug auf diese Entscheidungen des Verfassungsgerichts artikulierte damals der Innenminister Sabas Pretelt de la Vega: "Ich bin sehr besorgt und sprachlos." "Und dann, nachdem er sich zähneknirschend zum Rechtsstaat bekannt hatte, fügte er in resigniertem Tonfall hinzu: Jetzt man muss man um Gottes Hilfe beten" (El Espectador, 21. Mai 2006). Die Hilfe Gottes, weil die Paramilitärs ihre Verbrechen beichten müssen und nicht unter dem Rechtstitel des Aufständischen Schutz suchen können! Ein uribistischer Senator, der sich heute wegen seiner Verbindungen zu den Paramilitärs hinter Gittern befindet, erklärte: "Dieses Gesetz [La Ley Justicia y Paz, Anmer. d. Übers.] ist zu nichts nütze" (ebenda).

Unter den Dingen, die man aufklären muss, befindet sich die Frage, wer wen kooptierte. Der Staatsanwalt Mario Iguarán äusserte sich dazu folgendermassen: "Es waren nicht die Paramilitärs, die die politische Klasse rekrutierten, sondern die politische Klasse hat die Paramilitärs rekrutiert." Diese Behauptung wurde seltsamerweise umgehend vom Innenminister Carlos Holguín Sardi mit den Worten "Diese Generalisierungen sind ungerechtfertigt" zurückgewiesen (Caracol Radio, 15. März 2007).

Präsident Uribe und seine Anhänger brüsten sich mit dem "grossen" Erfolg, den das Gesetz für Gerechtigkeit und Frieden gebracht habe. Die Uribisten behaupten, dass sich nach der Verabschiedung des Gesetzes 30915 Paramilitärs demobilisiert hätten. Doch selbst die offiziellen Regierungsberichte reden nur von 17540 Demobilisierten und der Beauftragte für die Wiedereingliederung der Demobilisierten in das zivile Leben, Frank Pearl, erklärte, dass er über den Verbleib von 4731 Demobilisierten keine Auskunft geben könne (El Tiempo, 13. Februar 2007). Ferner haben sich nicht alle paramilitärischen Gruppen demobilisiert und nach Schätzungen der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) sind mindestens 3200 neu Paramilitärs aufgetaucht. Vermutlich lässt sich kein einziger Kolumbianer finden, der wirklich glaubt, dass jene Paramilitärchefs, die jetzt die Vergünstigungen des Gesetzes für Gerechtigkeit und Frieden geniessen, sich wirklich von der paramilitärischen Politik von Raub, Mord und Vertreibung verabschiedet haben.

Es ist deshalb auch nicht überraschend, dass das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte am 5. März 2007 in einem Bericht erklärte:

"Es erweist sich als besonders besorgniserregend, dass zahlreiche Mitglieder des mittleren Kaders der Paramilitärs sich nicht demobilisiert oder erneut zu den Waffen gegriffen haben, um neu bewaffnete Gruppen zu führen, die in verschiedenen Teilen des Landes aufgetaucht sind. Diese Gruppen unterhalten enge Verbindungen zum Drogenhandel und anderen Bereichen des Organisierten Verbrechens. Das Hochkommissariat beobachtet mit Sorge, dass diese Gruppen in den von ihnen kontrollierten Gebieten eigene politische und ökonomische Strukturen etablieren. [...] Das Hochkommissariat erhielt Klagen über Fälle, in denen das Recht auf Meinungsfreiheit von Personen, die über den Prozess der Demobilisierung der Paramilitärs und die Verwicklung von Amtsträgern in Korruption, illegale Gewaltanwendung und Paramilitarismus informieren, verletzt worden ist. Diese Menschen befinden sich aufgrund ihrer Aufklärungsarbeit in grosser Gefahr. Fälle dieser Art ereigneten sich in Bogotá, Atlántico, Bolívar, Santander, Sucre, Córdoba, Magdalena, Arauca, Antioquia, Cauca und Valle."

### **Die Schlawheit des Präsidenten und des Uribismus**

In Umgang mit den politischen Führern, die Beziehungen zu den Paramilitärs unterhielten, pflegen Präsident Uribe und seine Anhänger eine laxe Haltung. Derart lax, dass sich die kolumbianische Botschaft in den USA im Jahr 2006 dazu gezwungen sah, vom Präsidenten und den uribistischen Kongressabgeordneten die Kappung aller Verbindungen zu politisch belasteten uribistischen Kongressabgeordneten und die Unterstützung von Ermittlungen gegen diesen Personenkreis zu verlangen.

Uribe kündigte daraufhin an, dass es Ausschlüsse und Untersuchungen geben werde. Doch nachdem dem uribistischen Parteienblock bei den Wahlen zum Kongress im Mai 2006 der Ausbau seiner Dominanz gelungen war und Uribe im selben Jahr erneut die Präsidentschaftswahl zu seinen Gunsten entschieden hatte, enthüllte ein Interview der Tageszeitung El Tiempo mit dem damaligen Innenminister Sabas Pretelt de la Vega Uribes Versprechen als Farce:

“Journalist: Was wird mit den Personen geschehen, die vom uribistischen Block ausgeschlossen und nun in den Kongress gewählt worden sind?

- Pretelt de la Vega: Die Regierung respektiert immer die Entscheidungen der Parteien. Sie haben das Recht, zu entscheiden, mit welchen Organisationen sie zusammenarbeiten und mit welchen nicht. Einmal gewählt, geniessen alle Abgeordneten seitens der kolumbianischen Regierung den gleichen Respekt und die gleiche Wertschätzung.

- Journalist: Die Regierung akzeptiert also die politische Unterstützung durch jene Kongressabgeordneten, gegen die sie Ermittlungen einleiten liess?

- Pretelt de la Vega: Der Präsident ergreift keine Partei. Als er von den Beschuldigungen erfuhr, reagierte er wie jeder gute Demokrat: er bat darum, dass die Staatsanwaltschaft die erhobenen Vorwürfe untersucht. Einen Kongressabgeordneten muss man respektieren. Und als Minister arbeite ich mit jedem von ihnen. Sofern sie der Opposition angehören, versuche ich sie zu ueberzeugen, damit sie uns mit Enthusiasmus bei der Verabschiedung der Gesetze unterstützen. Die Unterstützung aller Kongressabgeordneten ist willkommen” (El Tiempo, 9. Juli 2006).

Unter den Analysten, die die scheinheilige Politik Álvaro Uribes gegenüber den Parapolitikern denunzieren, sticht die Kritik des ehemaligen Präsidenten, gegenwärtigen Parteiführers der Liberalen Partei und Generalsekretärs der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), César Gaviria Trujillo, hervor:

“Uribe geht lax mit den Paramilitärs um” (El Espectador, 4. Februar 2007). “Der Präsident nutzt nicht alle ihm zur Verfügung stehenden Mechanismen, um die Missetaten jener Personen zu untersuchen, denen aufgrund verschiedener Informationen Verbindungen zu den Paramilitärs vorgeworfen werden. Er tut dies, um seinen politischen Freunden die Teilnahme an den Wahlen zu ermnoeglichen.” (El Tiempo, 19. November 2006). “Während des Wahlkampfes bat ich den Präsidenten darum, öffentlich zu erklären, dass er auf keinen Fall die Unterstützung von mit den Paramilitärs assoziierten Sektoren wünscht. Das sagte ich viele Male. Unglücklicherweise gab er keine Antwort ... der Präsident hat niemals ausdrücklich erklärt, dass er die Hilfe der Paramilitärs nicht will” (El Tiempo, 19. November 2006). “Der Präsident verhält sich passiv gegenüber dem Thema der Kongressabgeordneten, die Verbindungen zum Paramilitarismus haben. Er kann nicht den Zuschauer mimen und noch weniger kann er ein Auge zudrücken” (Cambio, 20. November 2006). “Der Präsident und die Regierung sollten ankündigen, dass sie mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zum Ermittlungsprozess beitragen werden, der vom Obersten Gerichtshof, dem DAS, der Polizei und dem Militaergeheimdienst begonnen worden ist.” (El Tiempo 19. November 2006).

### **Der Fall des DAS-Direktors**

Eines der gravierendsten Beispiele für die Beziehungen zwischen Staatsmacht und Paramilitarismus ist Jorge Noguera, ehemaliger Direktor des DAS, der kolumbianischen Geheimpolizei, die dem Präsidenten direkt unterstellt ist. Ausser Noguera mussten noch vier weitere hohe DAS-Funktionäre wegen Verbindungen zu Paramilitärs ihre Ämter räumen. Diese Korruptionsfälle zwangen den Präsidenten schliesslich dazu, eine ad hoc-Kommission zu ernennen, die mit deren Untersuchung beauftragt ist. Dennoch ist das Verhalten Uribes in diesem und auch späteren Fällen durch die unverschämte Ausübung von Druck auf die Justiz zugunsten Nogueras gekennzeichnet. Uribe ignoriert somit die Unabhängigkeit der Justiz, die in der kolumbianischen Verfassung festgeschrieben ist, welche Uribe zu verteidigen vorgibt.

Nachdem Noguera den Posten des DAS-Direktors hatte räumen müssen, ernannte ihn Uribe zum kolumbianischen Konsul in Mailand. Als die kolumbianischen Medien diese Entscheidung kritisierten, beleidigte Uribe persönlich in einer seiner Fernsehansprachen den Direktor der politischen Zeitschrift Semana, die für ihre herausragenden politischen Analysen und ihren investigativen Journalismus bekannt ist. Uribe erklärte, dass “wir nicht mit Puppen spielen” und dass er nicht erlauben werde, dass “ein Zirkelchen aus Bogotá” seine Entscheidungen in Zweifel zieht. Darüber hinaus attackierte er die Zeitschrift mit den Worten, sie sei eine “lächerliche und frivole” Presse, deren Informationspolitik gegen “höchstes nationales Interesse” vertosse und das “Vertrauen” des Auslands beschädige. Ausserdem beschuldigte er Semana, eine Regenbogenpressepublikation zu sein, die Skandale erfindet, um ihre Verkaufszahlen zu erhoehen.

Ein exzellentes Beispiel für die einschüchternde Rhetorik, mit der der Präsident all jene zu belegen pflegt, die es wagen, seine Entscheidungen in Bezug auf den Paramilitarismus und die Parapolitik in Zweifel zu ziehen.

Doch Uribe verteidigte nicht nur in wüster Weise seine Entscheidung, Noguera zum Konsul gemacht zu haben, er bezeichnete ihn darüber hinaus auch noch als “unbeschmutzten und guten Menschen”. Des weiteren sagte er über ihn:

“Ich glaube weiterhin an Jorge Noguera, weil ich ihn als ehrlichen Mann kenne, der nichts verbirgt” (Semana, 12. April 2006) “Ich lege für ihn die Hand ins Feuer” (Semana, 22. November 2006). Human Rights Watch prangerte an, dass “der Anwalt Nogueras neunmal innerhalb der letzten Monate die Casa Nariño [der Amtssitz des kolumbianischen Präsidenten in Bogotá, vergleichbar dem Weissen Haus, Anm. d. Übers.] besuchte – einschliesslich acht Besuchen in den Monaten Februar und März des vergangenen Jahres [2006, Anm. d. Übers.] – um über den Fall Noguera zu sprechen. Wir wissen auch, dass der Anwalt zumindest bei einigen dieser Besuche mit dem Präsidenten persönlich sprach”.

Wie kann der Präsident, der vorgibt, die Gewaltentrennung als eine Säule der Demokratie zu respektieren, in dieser unverhüllten Form seine immense politische Macht zugunsten seines Schützlings in die Waagschale werfen?

### **Eine weitere Facette der Verdunkelung**

Die erste Reaktion Uribes auf die Sicherungsmassnahmen, die der Oberste Gerichtshof gegen jene Kongressabgeordneten verfügte, denen Verbindungen zu Paramilitärs zur Last gelegt werden, war ganz und gar zynischer Art. Am 29. November 2006 behauptete er während der Eröffnung des 66. Nationalen Kongresses der Kaffeeproduzenten:

“Wir können nicht zulassen, dass die politische Krise von denen, die die legislative Agenda sabotieren wollen, als Vorwand benutzt wird. Ich werde all jene Kongressabgeordneten, die uns bisher unterstützt haben, darum bitten, dass sie, solange sie nicht im Gefängnis sitzen, für die Überweisungen [der Kongress verabschiedete 2007 ein Gesetz, dass die Steuerzuteilung der Zentralregierung an die einzelnen Departaments verringert, Anm. d. Übers.], für die Kapitalisierung von Ecopetrol [Ecopetrol ist das staatliche Ölförderunternehmen, das Uribe privatisieren will, Anm. d. Übers.] und für die Steuerreform stimmen. Die Opposition stellt der Regierung eine Falle, indem sie es fuer unmoralisch erklart, sich auf die Stimmen dieser Kongressabgeordneten zu stuetzen. Dadurch will sie die genannten Gesetzesprojekte sabotieren, was ich nicht zu lassen werden.”

Viele Kolumbianer beschwerten sich darüber, dass die Kongresssitze jener Angeordneten, die sich wegen ihrer Verwicklung in die Parapolitik in Haft befinden, durch andere Mitglieder derselben Parteien ersetzt werden sollen - trotz der illegalen Methoden, mit deren Hilfe sich diese Parteien ihre Stimmen verschafft hatten<sup>2</sup>. Uribe äusserte sich auch dazu:

“Ein Kongressabgeordneter, der ein Delikt begangen haben oder über den es einige Zweifel geben mag, deren Klärung der Justiz obliegt, muss durch denjenigen Kandidaten ersetzt werden, der sich nach ihm in auf der Wahlliste seiner Partei befindet, damit das Wesen der Institution gewahrt bleibt” (Caracol Radio, 29. November 2006).

Es sind mittlerweile drei Jahre vergangen, seitdem einer der Führer der Paramilitärs [Salvatore Mancuso, Anm. d. Übers.] öffentlich erklärte, dass 35 Prozent der Abgeordneten des Kongresses mit der Unterstützung der Paramilitärs gewählt worden sind, vier Jahre seit dem Demobilisierungsabkommen einiger paramilitärischer Gruppen mit der Regierung Uribe, zwei Jahre seit der Verabschiedung des Gesetzes für Gerechtigkeit und Frieden, das den demobilisierten Paramilitärs grosszügige Vergünstigungen gewährt und acht Monate, seitdem die obersten Führer der Parapolitik hinter Gittern sitzen – und noch immer ist kein Gesetz verabschiedet worden, das die Möglichkeiten der bewaffneten Gruppen zur Nötigung der Wähler reduziert. Auch die problematische Praxis der Ersetzung von parapolitisch belasteten und in Haft befindlichen Kongressabgeordneten durch deren Parteikollegen ist bisher nicht unterbunden worden.

### **Der Innenminister verdunkelt ebenfalls**

Die Zukunft des Friedens in Kolumbien hängt in hohem Masse davon ab, dass die Wahrheit über den Paramilitarismus und seine Verbindungen zu den nationalen Machtzentren in Staat und Wirtschaft ans Licht der Öffentlichkeit kommt. Doch der Innen- und Justizminister Carlos Holguín Sardi, der eigentlich von Amtswegen mit der Aufklärung dieser Zusammenhänge beschäftigt sein müsste, ist neben dem Präsidenten einer der Hauptprotagonisten von deren Vertuschung. Wenn man die Unverschämtheit hört, mit der er über Parapolitik und Paramilitarismus spricht, dann könnte man meinen, dass diese Dinge für ihn witzig oder zumindest keineswegs ernst zu nehmen sind. Auf die Wahrheit über die paramilitärische Gewalt angesprochen, appellierte er an den Pakt des Schweigens, wie man es in Kolumbien seit der Violencia<sup>3</sup> zu tun pflegt, damit niemand über die Gewalt, ihre Ursachen und Hintermänner spricht:

“Ich bin ein Vertreter der Generation der Nationalen Front [ein politischer Pakt zwischen liberaler und konservativer Partei, mit dem die Violencia endete, Anm. d. Übers.], ich kann Ihnen mit einiger Autorität sagen: worin befänden sich die Kolumbianer, wenn wir heute noch nach den Ursachen der Gewalt zwischen Konservativen und Liberalen suchen würden? Wo wären wir heute? Was wäre geschehen, wenn die Granden Laureano Gómez und Alberto Lleras damals miteinander nicht verschwommen gesprochen hätten? Sie einigten sich damals auf die Nationale Front, um ein neues

Land zu schaffen und sprachen nicht darüber, was der eine dem anderen angetan hatte” (Sitzung des Senats, 18. Oktober 2006).

Holguín hat es mit seinem Verharmlosungsdiskurs in punkto Paramilitarismus und Parapolitik so weit getrieben, dass die Zeitschrift *Semana* aus seinen Äusserungen einen Artikel mit dem Titel “Holguíns berühmte Phrasen” zusammenstellte (*Semana*, 6. März 2007). Zur der Zeit, als darüber diskutiert wurde, ob man mit den Paramilitärs verbandelte Personen zu den Kongresswahlen zulassen soll – unter ihnen teilweise Leute, die heute im Gefängnis sitzen – erklärte der Minister: “Man kann niemanden die Anmeldung verwehren, selbst wenn es sich um den Sohn von Al Capone handelt” (*Semana*, 6. März 2007). Als man ihn fragte: “Wussten sie von dem Treffen von Ordosgoitia<sup>4</sup> mit den Paramilitärs?” antwortete er: “Ich habe etwas davon gehoert, aber das hatte mehr anekdotischen Charakter, Dinge, denen niemand Aufmerksamkeit schenkt“. Ausserdem sagte er: “In den vergangenen Präsidentschafts- und Kongresswahlen [im Jahr 2006, Anm. d. Übers.] gab es keinerlei paramilitärische Infiltration” und fügte hinzu: “Es sind bereits die Garantien für den sauberen und sicheren Ablauf der Wahlen im Oktober gegeben worden” (*Semana*, 6. März 2007). Und hinsichtlich des Abkommen von Santa Fe de Ralito zwischen den höchsten politischen Führern Kolumbiens und der Führungsspitze der Paramilitärs, wegen dem sich fünf Kongressabgeordnete und weitere fünfzehn politische Führer auf Ordnung des Obersten Gerichtshofs im Gefängnis befinden, äusserte sich Holguín wie folgt: “Das Schriftstück ist ein Abriss der Verfassung und hat deshalb nichts Unschickliches [...] Ich würde es unterschreiben”.

Unter diesen Umständen verwundert es nicht, dass der Friedensbeauftragte Luis Carlos Restrepo, der für die Verhandlungen und den Abschluss von Abkommen mit den Paramilitärs zuständig ist, ausrief: “Dies ist der Moment der Wahrheit und ich weiss nicht, wie weit das Land bereit ist, diesen Schritt zu tun” (*Colprensa*, 3. September 2006, *El Tiempo* 25. Februar 2007).

### **Ominöses Schweigen**

Am 14. März 2007 schrieben die vierzehn paramilitärischen Führer, die vom Gesetz für Gerechtigkeit, Frieden und Wiedergutmachung profitieren<sup>5</sup>, einen ausführlichen Brief an den Präsidenten, in dem sie den Nutzen der Aufklärung der Verbrechen des Paramilitarismus in Frage stellen. Sie behaupten, dass dieser Aufklärungsprozess negative Folgen “für die Regierbarkeit des Staates und die Glaubwürdigkeit der demokratischen Institutionen und der politischen Klasse dieses Landes” mit sich bringt.

In seiner Antwort bietet Uribe den inhaftierten Para-Chefs an, aus dem Gefängnis heraus Politik machen zu können und unterlässt es, ihre Auffassung über die Ermittlungen in Sachen Paramilitarismus und -politik zu verneinen:

“In Bezug auf die Wahrheit und ihre enge Beziehung zur Regierbarkeit kann unsere Reflexion dem Thema der Vernünftigkeit und der Herrschaft der Vernunft nicht ausweichen. Sie kann sich nicht in ausschliesslich moralistischen Schlussfolgerungen über Fragen erschöpfen, wenn einige beabsichtigen, den Wert der Wahrheit zu absolutieren und ihn in einen Gott zu verwandeln, dessen Macht es ist, jeden anderen Wert zu verbannen.”<sup>6</sup>

### **Angreifen, um Schweigen zu machen**

Wenn etwas den Präsidenten Uribe charakterisiert, dann ist es seine Besessenheit, jene Personen zu verleumden, die seine Politik gegenüber dem Paramilitarismus oder dem Fall des ehemaligen DAS-Direktors Noguera in Zweifel zu ziehen wagen. Seine Aggressivität erreicht ihren Höhepunkt, wann immer man ihm Fragen über die Beziehungen von ihm und seiner Familie zu den Paramilitärs stellt. Dann bemächtigt er sich buchstäblich aller Kommunikationsmedien des Landes, um die Urheber dieser unbequemen Fragen in wüster Weise zu diffamieren und anzugreifen. Sein Ziel ist es, seine Widersacher einzuschüchtern, um sie zum Schweigen zu bringen und um zu verhindern, dass noch mehr Bürger ihm unbequeme Fragen stellen.

“Ich werde nicht zulassen, dass diese geschwaetzigte Debatte die Kanzlerin schädigt”(El Tiempo, 18. November 2006) schleuderte Uribe den Millionen Kolumbianern entgegen, die von ihm die Auswechslung seiner Aussenministerin María Consuelo Araújo forderten. Hintergrund dieser Forderung war die Inhaftierung eines ihrer Brüder, ein Senator, der wegen seiner Beziehungen zu den Paramilitärs im Gefängnis sitzt. Erst nachdem ihn der Vizepräsident davon in Kenntnis gesetzt hatte, dass seine Beziehungen zu Washington unter seiner Sturheit in dieser Angelegenheit leiden, entschied sich Uribe, seine Aussenministerin zu entlassen.

Besonders skandalös ist Uribes Verhalten gegenüber dem Polo Democrático Alternativo (PDA), dessen politische Führer er fortlaufend beschimpft und verleumdet. Zum Beispiel wirft er der Partei vor, Verbindungen zu den Guerillaorganisationen zu unterhalten. Mit verlogenen Behauptungen wie dieser verfolgt er das Ziel, jedwede Kritik an seiner Regierung mundtot zu machen, indem er die Kritiker in die Nähe des Terrorismus rückt. Hauptzielscheibe von Uribes Attacken ist Gustavo Petro, der für den Polo im Senat sitzt und bei der Aufdeckung der Verbindungen zwischen

etlichen inzwischen im Gefängnis sitzenden Kongressmitglieder und den Paramilitärs eine Schlüsselrolle einnahm. Uribe bezeichnete Petro und andere Kongressabgeordnete als "Terroristen, die sich mit ziviler Kleidung tarnen" (El Tiempo, 5. Februar 2007). Und mit Blick auf Carlos Gaviria - Parteivorsitzender des Polo und ehemaliger Vorsitzender des kolumbianischen Verfassungsgerichts, der als Präsidentschaftskandidat des Polo in den Präsidentschaftswahlen im Herbst 2006 2 600 000 Stimmen erhielt – behauptete Uribe: "Ich muss dem Land mitteilen, dass Doktor Gaviria ein Freund der Guerilla ist [...] er ist den FARC und der ELN freundschaftlich verbunden" (El Tiempo, 24. Februar 2007).

Darüber hinaus kündigte Uribe an, die Kongressabgeordneten des Polo geheimdienstlich überwachen zu lassen und kritisierte den DAS dafür, dass er den Polo nicht genügend bespitzelte (El Tiempo, 19. April 2006). Einige Wochen später kam heraus, dass die Regierung die Telefongespräche von tausenden Kolumbianern illegal abhören lässt. Eine polizeistaatliche Praxis, die vom kolumbianischem Gesetz nicht gedeckt ist, was den Verteidigungsminister jedoch nicht davon abhielt, sich vor dem Kongress mit ihr zu brüsten.

### **Ein weiterer Fehlschlag der Verdunkelungstaktik**

Wie bereits erwähnt, ist der prozentuale Anteil von hohen uribistischen Funktionären an politischen Führern, denen Verbindungen zu Paramilitärs nachgewiesen konnten, sehr hoch. Daher fürchtet Uribe zu Recht, dass unbequeme Details über ihn und seine Beziehungen zu den Parauribisten ans Licht kommen könnten. Viele meinen daher, dass Uribe mit der Freilassung einer bedeutenden Zahl von inhaftierten FARC-Gürilleros die Bedingungen für ein Gesetz zu schaffen versucht, das seine inhaftierten politischen Freunde aus der Haft befreit. Ein Gesetz, das eine Amnestie oder Begnadigung von Gürilleros und Paramilitärs verfügt, um einen Mantel des Schweigens über dem Paramilitarismus auszubreiten. Uribes Vorschlag, der auf grossen Widerspruch in Kolumbien und im Ausland stiess, sieht wie folgt aus:

"Ich denke, dass wir jenen, die die Wahrheit sagen, die Freiheit gewähren müssen"! (Casa de Nariño, 22. Mai 2007).

Als der Oberste Gerichtshofs wenige Wochen später einem demobilisierten inhaftierten Paramilitär den Status des Aufständischen aberkannte, weil "ein Ordnungsdelikt sich unter keinem Vorwand in einen Aufstand umwandeln lässt" (El Tiempo, 27. Juli 2007), griffen die im Gefängnis von Itagüé inhaftierten Paramilitärchefs das Gericht an und erklärten, dass sie nicht länger an dem auf dem Gesetz für Gerechtigkeit, Frieden und Wiedergutmachung basierenden Prozess teilnehmen werden. Uribe seinerseits plädierte für ein neues Gesetz, das den Paramilitärs den Status von Aufständischen zuspricht. er übte er in derart dreister Weise Druck auf den höchsten Gerichtshof aus, dass jener sich zur Veröffentlichung einer einstimmig verabschiedeten Erklärung genötigt sah:

"Der Oberste Gerichtshof weist, ohne den Staatsbürgern das Recht auf Kritik von gerichtlichen Entscheidungen bestreiten zu wollen, energisch die jüngsten Erklärungen der Regierung hinsichtlich der Weise, in der er seinen Verfassungsauftrag nachkommt, zurück. Diese Äusserungen stellen eine unentschuldbare und inakzeptable Einmischung in die Tätigkeit der Justiz dar. Dahinter verbirgt sich das Bestreben, sich die interpretative Befugnis der Richter widerrechtlich anzueignen und ihnen Kriterien aufzulegen, nach denen sie ihre Entscheidungen fällen sollen.

Dieses Verhalten verleugnet, dass die Richter der Republik allein den Buchstaben des Gesetzes unterworfen sind und verletzt die Unabhängigkeit der Justiz. Es zielt auf die Delegitimierung dieser Körperschaft, indem es unbegründetes Misstrauen schürt und die Entscheidungen des Gerichts angreift, die dieses in völliger Unvoreingenommenheit und Objektivität fällt, auch wenn sich seine Mitglieder dadurch ernsten Gefahren und Bedrohungen aussetzen.

Der Gerichtshof weist deshalb nachdrücklich die ungerechten Vorwürfe zurück, die gegen ihn erhoben wurden. Er fällt seine Entscheidungen nicht nach ideologischen Glaubenssätzen, sondern allein auf Grundlage des Gesetzes. Es ist aus diesem Grund auch nicht gerechtfertigt, ihn als Hindernis des Friedensprozesses zu bezeichnen, da er allein geltende Rechtsnormen interpretiert und anwendet, ohne sich um die gesetzgebende Gewalt zu kümmern, die diese erzeugt oder verändert. Der Oberste Gerichtshof ist daher auch nicht für etwaige Lücken, Mängel und Schwächen existierender Gesetze verantwortlich."

Zwar lässt sich den letzten Nachrichten [zum Zeitpunkt der Publikation dieses Artikels im September 2007, Anm. d. Übers.] entnehmen, dass die Regierung ihr angekündigtes Gesetzesprojekt ("Ley para", Paramilitär-Gesetz) zur Verwandlung der Paramilitärs in Aufständische nicht präsentieren wird<sup>7</sup>. Jedoch hören die regierungsoffiziellen Versuche, die juristische Aufklärung der Hintergründe und Zusammenhänge zwischen Paramilitarismus und Parapolitik zu behindern, nicht auf.

### **Schlussfolgerungen**

Obwohl man noch mehr Tatsachen und Gründe vorbringen könnte, so reichen doch die vorgenannten aus, um zu demonstrieren, dass Álvaro Uribe und seine höchsten Parteigänger sich nicht mit ihrer politischen Pflicht beschäftigen,

die Wahrheit über den Paramilitarismus und die Parapolitik in Kolumbien aufzuklären, obwohl dies die grundlegende Voraussetzung für die Anwendung des Gesetzes für Gerechtigkeit und Frieden ist.

Somit bleibt der Widerspruch zwischen den Verdunklern und den vielen Kolombianern, die für die für Fortschritte in der Aufklärung der Wahrheit eintreten, ungelöst. Die Wahrheit muss offengelegt werden, nicht aus Rachsucht, sondern weil nur auf Grundlage ihrer Kenntnis der herbeigesehnte Frieden erreicht werden kann. Ein Frieden, der auch Gerechtigkeit und Entschädigung erfordert, zwei Elemente, mit denen sich die Hoffnung verbindet, dass sie den Weg in eine Zukunft eröffnen, in der die Kolombianer ihre politischen, ökonomischen und sozialen Widersprüche nicht mehr mit Waffengewalt austragen. Der Polo Democrático Alternativo wünscht zutiefst, dass diese Analyse zur Erreichung dieses Ziels beiträgt.

Bogotá, 20. August 2007

1 Im Programm des Polo Democrático Alternativo heisst es: "Wir lehnen den Krieg und die Ausübung von Gewalt als Mittel der Politik ab. Wir erkennen die politische Natur der kolumbianischen Gürilla an, halten aber den demokratischen und friedlichen Kampf der Massen für den zeitgemässen Weg der Veränderung. Wir lehnen jede Form von Terror und Staatsterrorismus ab, insbesondere die Verübung von Attentaten, Entführungen, Erpressungen und bewaffneten Aktionen gegen die Zivilbevölkerung, die keine legitimen Formen des Kampfes der Völker sind, weshalb wird jeden Akt dieser Art verurteilen."

2 In den von ihnen kontrollierten Gebieten Kolumbiens zwingen paramilitärische Gruppen die Wähler, für die von ihnen unterstützten Kandidaten zu stimmen. Im Vorfeld von Wahlen gibt es in der Regel Treffen zwischen den Kandidaten dieser Parteien und Vertretern der Paramilitärs.

3 Die Violencia war ein mehrjähriger Bürgerkrieg in Kolumbien, der 1948 begann und Ende der fünfziger Jahre endete. Er forderte 400000 Opfer.

4 Ein hoher Funktionär der Regierung Uribe, der sich wegen dieses Treffens im Gefängnis befindet.

5 Diese Führer geben vor, sich demobilisiert zu haben und befinden sich zur Zeit in Haft.

6 Der Übersetzer dieses Textes sah sich leider ausser Stande, diesen äussert kompliziert formulierten Satz ins Deutsche zu uebersetzen. Uribe liebt es, sich in einem aristokratisch anmutenden Spanisch auszudrücken, das wohl selbst die überwiegende Mehrheit seiner Landsleute nicht versteht. Hier das Original: "Sobre esto de la verdad y su relación con la gobernabilidad, en la conyuntura que nos ocupa, nuestra reflexión no puede evadir el tema de la razonabilidad y el imperio de la razón sobre cuestiones que no pueden agotarse en consideraciones solamente moralistas cuando algunos pretenden absolutizar el valor de la verdad y convertirlo en un dios bajo cuyo designio todo otro valor ha de quedar relegado."

7 Dieses Gesetzesprojekt wurde sogar auf der Netzseite des Präsidenten vorgestellt.

---